

Antrag

der Abgeordneten Volker Rühle, Karl Lamers, Christian Schmidt (Fürth), Hans-Dirk Bierling, Dr. Wolfgang Bötsch, Klaus Bühler (Bruchsal), Erich G. Fritz, Dr. Heiner Geißler, Hermann Gröhe, Dr. Karl-Heinz Hornhues, Eckart von Klaeden, Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg), Ruprecht Polenz, Dr. Bernd Protzner, Bernd Schmidbauer, Dr. Andreas Schockenhoff, Reinhard Freiherr von Schorlemer, Dr. Erika Schuchardt, Clemens Schwalbe, Dr. Christian Schwarz-Schilling, Carl-Dieter Spranger, Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten, Dr. Rita Süßmuth, Dr. Theodor Waigel, Willy Wimmer (Neuss), Peter Kurt Würzbach und der Fraktion der CDU/CSU

Eine deutliche gemeinsame europäische Position für eine gerechte Friedenslösung im Nahen Osten

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In den vergangenen Wochen und Monaten überzog eine Welle von Terror und Gewalt Israel und die palästinensischen Gebiete, die selbst die pessimistischsten Prognosen für die Region übertraf. Auch das auf dem Beiruter Gipfel der Arabischen Liga im März 2002 formulierte Angebot einer Normalisierung der Beziehungen zu Israel nach dessen Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten konnte bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht den notwendigen Anstoß zur Abkehr von der Gewalt geben. Vielmehr hat eine stetige Zunahme von Gewalt und Terror zu einer weiteren Verhärtung der Fronten geführt, welche die Hoffnung auf eine gemeinsame Friedenslösung derzeit nahezu aussichtslos erscheinen lässt. Diese Eskalation des israelisch-palästinensischen Konfliktes stellt nicht nur eine unerträgliche und menschenverachtende Situation für alle Betroffenen dar, sondern gefährdet darüber hinaus den Frieden und die Stabilität in der gesamten Region.

Der Deutsche Bundestag begrüßt und unterstützt daher ausdrücklich die neue Friedensinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika und die vorläufig unterbrochene Vermittlungsmision des US-Außenministers Colin Powell und hofft auf die baldige Fortsetzung. Dieser Schritt der Vereinigten Staaten von Amerika eröffnet dem Nahen Osten endlich wieder eine Perspektive auf neue Verhandlungen über eine Friedenslösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt.

Der Deutsche Bundestag bekennt sich erneut uneingeschränkt zum Existenzrecht Israels. Dazu gehört ein Leben ohne Terror. In voller Unterstützung der VN-SR-Resolutionen 1402 und 1403 verurteilt der Deutsche Bundestag die Serie von Terroranschlägen in Israel. Die Verantwortlichen für diese Taten müssen zur Rechenschaft gezogen und weitere terroristische Taten unterbunden

werden. Palästinenserführer Jassir Arafat trifft hier eine besondere Verantwortung, der er in der Vergangenheit nicht gerecht geworden ist.

Andererseits hat Ministerpräsident Ariel Scharon in der von ihm verfolgten Politik seine Ankündigung, mehr Sicherheit und Frieden zu schaffen, nicht eingehalten. In der Praxis hat seine Politik zu weniger Sicherheit für Israel und zu weniger Frieden für die Region geführt. Im Einklang mit dem Mitchell-Bericht müssen die israelischen Siedlungsaktivitäten in den palästinensischen Gebieten gestoppt werden. In voller Unterstützung der VN-SR-Resolution 1402 und 1403 sowie der gemeinsamen Erklärung der Vereinten Nationen, der USA, der EU und Russlands vom 10. April 2002 fordert der Deutsche Bundestag die Beendigung des israelischen militärischen Vorgehens gegen die Hauptquartiere der palästinensischen Führung und ruft zum Rückzug der israelischen Truppen aus den palästinensischen Städten auf. In voller Unterstützung der VN-SR 1405 begrüßt der Deutsche Bundestag den Einsatz einer internationalen Kommission zur Untersuchung der Geschehnisse im palästinensischen Flüchtlingslager Dschenin.

Der Deutsche Bundestag begrüßt und unterstützt ausdrücklich die am 12. März 2002 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedete Resolution 1397, welche „die Vision von einer Region, in der zwei Staaten, Israel und Palästina, Seite an Seite innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen existieren“ bekräftigt und die „sofortige Beendigung aller Akte der Gewalt, einschließlich aller Terrorakte, Provokationen, Anstachelung und Zerstörung“ fordert.

Der Deutsche Bundestag betrachtet die vom Kronprinzen Abdullah von Saudi Arabien formulierte Initiative, die im Falle eines israelischen Rückzugs aus den nach 1967 eroberten Gebieten einschließlich Ost-Jerusalems die Normalisierung der Beziehungen der arabischen Staaten zu Israel sowie ein friedliches Miteinander vorsieht, als geeignete Grundlage für Verhandlungen, die zu einer dauerhaften Lösung des arabisch-israelischen Konflikts führen können.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Anstrengungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kofi Annan, den Konfliktparteien bei der Beendigung der Gewalt und der Wiederaufnahme des Friedensprozesses zu helfen.

In voller Unterstützung der Resolution 1397 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ruft der Deutsche Bundestag die Konfliktparteien auf, die gewaltsamen Auseinandersetzung umgehend zu beenden und zu Verhandlungen auf Basis der VN-SR-Resolutionen 242, 338, 1397, 1402 und 1403 unter Einbeziehung des Tenet-Plans sowie der Empfehlungen des Mitchell-Berichts zurückzukehren.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Aktivitäten des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Javier Solana in der Region. Für die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union ist es darüber hinaus erforderlich, dass sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine einheitliche, zielführende und eng mit den Vereinigten Staaten von Amerika abgestimmte Linie in der Nahost-Politik zu Eigen machen, die in eine gemeinsame europäischen Strategie mündet. Bei der Implementierung dieser gemeinsamen europäischen Linie kommt dem Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU ein wichtige Rolle zu. Nur zusammen mit Amerika, den Vereinten Nationen und Russland lässt sich wirksamer Druck auf die Konfliktparteien ausüben.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die erneuten Bemühungen der Vereinigten Staaten von Amerika um die Vermittlung zwischen Israel und den Palästinensern ausdrücklich und engagiert zu unterstützen;

2. gemeinsam mit unseren europäischen Partnern auf Basis der gemeinsamen Erklärung der Vereinten Nationen, der USA, der EU und Russlands vom 10. April 2002 sowie der auf dem Gipfeltreffen von Barcelona am 15./16. März 2002 verabschiedeten Erklärung für eine sofortige Beendigung sämtlicher Gewalthandlungen im Nahen Osten aktiv einzutreten, um den Prozess wieder auf eine politische Bahn zu bringen;
3. die Bemühungen um eine dauerhafte und gerechte Friedenslösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes als zentrale Aufgabe der deutschen sowie der gemeinsamen europäischen Außenpolitik zu betrachten und sich in diesem Sinne für eine einheitliche und eng mit den Vereinigten Staaten von Amerika abgestimmte und die Rolle Russlands und der Vereinten Nationen berücksichtigende europäische Linie einzusetzen. Diese Bemühungen sollten in einer gemeinsamen europäischen Strategie für den Nahen Osten münden, deren Implementierung dem Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Javier Solana, zufällt;
4. das vom Kronprinzen Abdullah von Saudi-Arabien unterbreitete und von der arabischen Liga angenommene Angebot der Normalisierung der Beziehungen zu Israel nach dessen Abzug aus den 1967 besetzten Gebieten als einen wichtigen Anknüpfungspunkt für neue Verhandlungen und echte Chance für eine politische Lösung positiv zu würdigen;
5. im Falle einer weiteren Eskalation des Konflikts gemeinsam mit den europäischen Partnern die geleisteten Kooperationsmaßnahmen für die Beteiligten zu überprüfen.

Berlin, den 24. April 2002

Volker Rühle
Karl Lamers
Christian Schmidt (Fürth)
Hans-Dirk Bierling
Dr. Wolfgang Bötsch
Klaus Bühler (Bruchsal)
Erich G. Fritz
Dr. Heiner Geißler
Hermann Gröhe
Dr. Karl-Heinz Hornhues
Eckart von Klaeden
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Ruprecht Polenz
Dr. Bernd Protzner
Bernd Schmidbauer
Dr. Andreas Schockenhoff
Reinhard Freiherr von Schorlemer
Dr. Erika Schuchardt
Clemens Schwalbe
Dr. Christian Schwarz-Schilling
Carl-Dieter Spranger
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
Dr. Rita Süßmuth
Dr. Theodor Waigel
Willy Wimmer (Neuss)
Peter Kurt Würzbach
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

